

Macht und Gerechtigkeit



5. Oktober 2025 | Patrick Lawrence

Es waren ereignisreiche Tage, als die Generalversammlung am 22. September im Sekretariat der Vereinten Nationen in New York zusammentrat. Frankreich, Belgien, Luxemburg, Malta, Monaco und Andorra erkannten den Staat Palästina am ersten Tag der Generaldebatte, dem 23. September, offiziell an. Großbritannien, Kanada, Australien und Portugal hatten dies bereits zwei Tage zuvor getan. Da auch Spanien, Neuseeland, Finnland, Irland, Norwegen und andere Nationen Palästina anerkennen, akzeptiert nun praktisch der gesamte westliche Block mit Ausnahme der USA Palästina als souveränen Staat.

Das Imperium schwindet weiter in seine Ecke. Immer gut.

Auf die neuen Bekräftigungen der Souveränität des palästinensischen Volkes folgten ereignisreiche Tage. Präsident Trump und der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu stellten am Montag, dem 29. September, im Weißen Haus einen großspurig betitelten Friedensplan für Gaza vor.

Nach mehreren Tagen der Spannung und Spekulationen reagierte die Hamas am Freitag auf dieses Dokument. Dabei handelte es sich nicht um die vollständige Annahme des 20-Punkte-Plans, wie Trump es offenbar für gegeben hielt (oder sich wünschte): Nein, dies war geschickte Staatskunst seitens der Hamas – „eine verantwortungsvolle Haltung im Umgang mit dem von US-Präsident Donald Trump vorgeschlagenen Plan“, wie es in der Erklärung der Hamas heißt. „Verantwortungsvoll“ bedeutet meiner Lesart des Textes zufolge verantwortlich gegenüber den leidgeprüften Palästinensern im Gazastreifen und verantwortlich gegenüber den Grundsätzen der palästinensischen Sache.

Was haben wir hier? Wie sollen wir diese scheinbar unvereinbaren Ereignisse verstehen? Meiner Ansicht nach erleben wir eine anhaltende Konfrontation zwischen Macht und Gerechtigkeit. Dies scheint mir der entscheidende Kampf unserer Zeit zu sein, und er verschärft sich gerade in diesem Moment.

Man hört viele verschiedene Dinge über diese Anerkennungen der Vereinten Nationen zur Unterstützung eines palästinensischen Staates. „Was für eine Farce“, schrieb Ali Abunimah, der prinzipientreue Direktor von *The Electronic Intifada*, auf „X“, als die Staatschefs auf dem Podium standen und diese Ankündigungen machten. „Jetzt brauchen sie nur noch einen richtigen Staat.“ *The Nation* bezeichnete die Unterstützungsbekundungen des Westens für ein unabhängiges Palästina als [„verabscheuungswürdige Farce“](#).

OK, hier gibt es einen Fall. Diese Länder fordern ausnahmslos eine Zwei-Staaten-Lösung, und ich kann mir nichts vorstellen, was mehr toter Buchstabe sein könnte. Großbritannien und Frankreich knüpfen so viele Bedingungen an ihre Erklärungen – politische Kandidaten im noch nicht realisierten Palästina werden überprüft, die Hamas (ungeachtet ihrer Popularität) wird von jeglicher Rolle in der Regierung ausgeschlossen, Schulbücher werden zensiert usw. –, dass man sich fragen muss, was sie unter „Souveränität“ und „Selbstbestimmung“ verstehen. Großbritannien und Frankreich rüsten Israel weiterhin auf, während es die Menschen terrorisiert, die wir als Palästinenser kennen.

Aber diejenigen, die diese voreiligen Ablehnungen von sich geben, liegen meiner Meinung nach falsch. Ich bin nicht gewohnt, irgendetwas zu billigen, was Keir Starmer oder Emmanuel Macron tun, aber in diesem Fall verdienen der britische Premierminister und der französische Präsident, so abscheulich „zentristisch“ sie auch sein mögen, das, was wir früher – leider, denn es gab einmal eine ernstzunehmende Linke – als kritische Unterstützung bezeichneten. Der Westen außerhalb der USA hat sich endlich der globalen Mehrheit angeschlossen: Vier Fünftel der 193 Mitglieder der Vereinten Nationen unterstützen nun eine palästinensische Nation.

Nein, ich stimme mit dem überein, was viele [Palästinenser aus dem Westjordanland](#) seit Beginn der Generaldebatte gesagt haben. Eine Frau namens Raya, die in dem oben verlinkten Dokument zitiert wird, sagt: „Die Anerkennung wird als guter und unerwarteter Schritt angesehen, aber sie wird keinen wirklichen Wert haben, wenn ihr keine ernsthaften und praktischen Maßnahmen folgen. ...“ Alia sagt: „Es geht nicht darum, ob sie uns anerkennen oder nicht. Es geht darum, ob es überhaupt noch etwas zum Anerkennen gibt.“ Und von Samia: „Die Anerkennung der palästinensischen Staatlichkeit ist großartig, aber sie wird sinnlos sein, wenn der Völkermord in Gaza und die Besatzung nicht beendet werden.“

Verstehen Sie, was ich mit kritischer Unterstützung meine?

So fehlerhaft alle Anerkennungserklärungen auch sein mögen, sie scheinen die Flasche entkorkt zu haben, in der der Geist der Gerechtigkeit ruhte. Das sollte man sich nicht entgehen lassen. Der Auszug aus dem Saal, als Bibi Netanjahu sprach, war noch unterhaltsamer anzusehen als im letzten Jahr. Ebenso wie die unverblünte Sprache, mit der die Staatschefs die genozidalen Barbareien der Israelis anprangerten. Der kolumbianische Präsident Gustavo Petro bezeichnete die zionistischen Israelis als Nazis und forderte die UNO auf, eine internationale Truppe zu organisieren, um die israelische Blockade zu durchbrechen und die Grausamkeiten zu beenden.

Petro hat Recht: Ungeachtet des israelisch-amerikanischen Friedensplans wird es letztendlich einer bewaffneten Intervention bedürfen, um den Terror der Zionisten zu beenden. Ein Staatschef hat diesen Gedanken endlich auf den Tisch gebracht.

Während die Generalversammlung ihre Arbeit fortsetzte, entsandten Spanien und Italien Kriegsschiffe, um die Hilfsflotte von etwa 50 Schiffen zu begleiten, die sich auf dem Weg vor die Küste Gazas befand. Die Israelis haben diese Schiffe Ende letzter Woche – illegal, in internationalen Gewässern – abgefangen und ihre Besatzungen deportiert. Aber eine neue Flotte von 11 Schiffen stach sofort in See und überquerte das Mittelmeer. Ebenfalls letzte Woche kündigte der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez an, dass US-Schiffe und -Flugzeuge, die Waffen und Material nach Israel transportieren, nicht mehr spanische Häfen und Luftwaffenstützpunkte anlaufen dürfen. Diese Maßnahmen können nicht als unabhängig von den Entwicklungen auf diplomatischer Ebene betrachtet werden.

Man musste letzten Monat nicht bei der UNO dabei sein (und ich war es auch nicht), um die Schwere dieser Ereignisse zu verstehen – um die explosive Energie zu spüren, die innerhalb und außerhalb des Sekretariats in der Luft lag. Man konnte es in den Echtzeitvideos sehen, die in den sozialen Medien gepostet wurden. Die Welt, natürlich angeführt von den Nicht-Westlichen Ländern, erklärte endlich: „Es reicht!“ Wenn man das Wesentliche dieser Begebenheit betrachtet, handelte es sich um eine frontale Konfrontation mit der Macht im Namen der globalen Gerechtigkeit. Eine dramatische Szene ist mir bis heute in Erinnerung geblieben: Als Gustavo Petro nach seiner Rede wieder auf seinen Platz zurückkehrte, wurde Luiz Inácio Lula da Silva gefilmt, wie er ihn brüderlich umarmte.

„Dieser historische Moment“, rief der brasilianische Präsident aus, als er an der Reihe war, auf das Podium zu treten. So war es auch.

Und wie geht es nun weiter?

■

Benjamin Netanjahu hatte Berichten zufolge Schwierigkeiten, einen Flugplan für seine Reise von Tel Aviv nach New York zu finden, da er wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach internationalem Recht gesucht wird. Norwegen, Belgien, Spanien, Kanada, Irland und die Niederlande gehören zu den Ländern, die angekündigt haben, den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs zu vollstrecken, sollte er ihr Hoheitsgebiet betreten. Man kann sich logischerweise fragen, wie es überhaupt möglich war, dass er in das Sekretariat gelassen wurde.

Wir können vermuten, dass ein Teil des Zwecks des israelischen Premierministers bei der Teilnahme an der diesjährigen Generalversammlung – wo er diejenigen, die während seiner Rede den Saal verließen, als „antisemitischen Mob“ bezeichnete – darin bestand, offen gegen das Völkerrecht und, wie üblich, gegen alles, wofür die UNO steht, zu verstoßen. Die Botschaft, die Bibi seit seiner Ankunft in Manhattan vermittelte, war klar: Er wollte zeigen, dass es keine Frage ist, dass die globale Mehrheit die israelische Terrormaschinerie vor Gericht stellen wird, und dass Macht, nicht Recht, weiterhin das sein wird, was die Welt regiert.

Und so interpretiere ich das Treffen zwischen Netanjahu und Präsident Trump am 29. September – ihr viertes seit Trumps Amtsantritt im Januar. Der von ihnen veröffentlichte 20-Punkte-Plan enthält alle möglichen Dinge, aber wenn man einen Schritt zurücktritt, kann man ihn durchaus als Antwort

auf den gerade geäußerten Wunsch der globalen Mehrheit nach einer humanen und moralischen Ordnung verstehen. Im weiteren Sinne ist dies eine Erklärung, dass wir – wir alle – heute in einer gesetzbildenden Welt leben und dass Legitimität, internationale Institutionen und (ganz sicher nicht) allgemeine Vorstellungen von Gerechtigkeit nichts zählen. In der Welt, die Trump und Bibi sich als Co-Kaiser vorstellen, wie sie nach der Gründung der östlichen Hauptstadt durch Konstantin im Jahr 330 n. Chr. über die Antike herrschten, zählt nur noch Gewalt.

Der Text dieses Dokuments kann [hier](#) dank der BBC gelesen werden. In groben Zügen – und mehr als grobe Züge gibt es derzeit nicht – fordert es einen sofortigen Waffenstillstand, nach dem die Hamas innerhalb von 72 Stunden alle noch lebenden Gefangenen und die Leichen der Toten freigeben soll. Im Gegenzug wird Israel 250 palästinensische Gefangene, die lebenslange Haftstrafen verbüßen, und 1.700 Palästinenser, die seit den Ereignissen vom 7. Oktober 2023 gefangen genommen wurden, freilassen. Dann soll die Hamas entwaffnet werden, und die Israelis sollen mit einem schrittweisen Abzug ihrer Truppen beginnen, die jedoch „auf absehbare Zeit“ einen sich ausweitenden Puffer innerhalb der östlichen Grenze des Gazastreifens besetzen werden.

Dann kommen die längerfristigen Bestimmungen. „Gaza wird eine deradikalisierte, terrorfreie Zone sein“, in der die Hamas keine Präsenz oder Rolle haben wird. „Gaza wird zum Wohle der Bevölkerung von Gaza neu entwickelt werden.“ Und dann die Frage der Regierung und Verwaltung:

Gaza wird unter der vorübergehenden Übergangsregierung eines technokratischen, unpolitischen palästinensischen Komitees regiert werden, das sich aus qualifizierten Palästinensern und internationalen Experten zusammensetzt und von einem neuen internationalen Übergangsgremium unter der Leitung und dem Vorsitz von Donald J. Trump beaufsichtigt und überwacht wird. Weitere Mitglieder und Staatschefs, darunter der ehemalige Premierminister Tony Blair, werden noch bekannt gegeben.

Man weiß einfach, dass Trumps Name in diesem Dokument steht, und zwar auf sein Drängen hin, weil er so vulgär nach dem Friedensnobelpreis strebt, den er niemals bekommen wird. Aber das ist egal. Der am Montag veröffentlichte Gaza-Friedensplan liest sich, als hätte Netanjahu ihn diktiert, und ich würde wetten, dass er das auch getan hat. Das Dokument ist so vage formuliert, dass es Bibi allen Spielraum lässt, den er braucht, um es zu verraten, nachdem er es nun gebilligt hat. Das würde natürlich im Einklang mit allen anderen Vereinbarungen mit der Hamas und/oder den Vereinigten Staaten stehen, die Netanjahu bisher akzeptiert hat.

Wie vielfach berichtet wurde, hat die Hamas den Friedensplan erst nach seiner Veröffentlichung offiziell erhalten und war natürlich an seiner Ausarbeitung nicht beteiligt. Dies war als ein Angebot zum Annehmen oder Ablehnen gedacht, sodass die Führer der Hamas, wie Bibi und Trump am Montagnachmittag auf gegenüberliegenden Podien deutlich machten, genauso gut eine Waffe an ihre Schläfe gehalten bekommen könnten. Netanjahu:

Wenn die Hamas Ihren Plan ablehnt, Herr Präsident, oder wenn sie ihn angeblich akzeptiert und dann im Grunde alles tut, um ihn zu vereiteln, dann wird Israel die Aufgabe selbst zu Ende bringen.

Trump, nach dieser Bemerkung:

Israel hätte meine volle Unterstützung, um die Bedrohung durch die Hamas endgültig zu beseitigen.

Und zur Sicherheit warnte Trump am Freitag erneut auf Truth Social, seinem digitalen Sprachrohr, die Hamas, dass sie bis Sonntag Zeit habe, den Plan anzunehmen:

Wenn diese LETZTE CHANCE für eine Einigung nicht genutzt wird, wird die Hölle losbrechen, wie sie noch niemand zuvor gesehen hat, gegen die Hamas.

Sagen Sie mir, handelt es sich hierbei um Staatskunst oder um Macht, die die Drohung mit Völkermord als Erpressungsmittel einsetzt? Folgefrage: Ist der übergeordnete Vorschlag hier, dass ein Regime, das sich zumindest seit dem Reich der grausamsten Barbarei schuldig gemacht hat, nun straffrei davonkommt – ohne Verantwortung für seine Verbrechen, ohne Rechenschaftspflicht gegenüber den Institutionen der globalen Justiz?

Was die Frage der Staatlichkeit angeht, die langjährige Forderung der Hamas und das zentrale Anliegen der über 100 Nationen, die wenige Tage zuvor an der Generalversammlung teilgenommen hatten, so enthält dieser Plan keinerlei Bestimmungen dazu, es sei denn, wir zählen dies dazu (was ich nicht kann):

Wenn der Wiederaufbau in Gaza voranschreitet und das Reformprogramm der PA (Palästinensische Autonomiebehörde) gewissenhaft umgesetzt wird, könnten endlich die Voraussetzungen für einen glaubwürdigen Weg zur Selbstbestimmung und Staatlichkeit der Palästinenser geschaffen werden, was wir als das Bestreben des palästinensischen Volkes anerkennen.

Es ist für mich einfach unglaublich, dass diese beiden grotesk verantwortungslosen Personen erwarten, dass irgendjemand diese Art von Sprache überhaupt ernst nimmt. Versuchen Sie einmal, die Hintertüren in dieser Bestimmung zu zählen, die die Nummer 19 der insgesamt 20 Bestimmungen des Plans ist. Ich habe mindestens drei, vielleicht sogar vier gefunden.

Die *Times of Israel* hat am Samstagmorgen den vollständigen Text der Erklärung der Hamas veröffentlicht. Er ist [hier](#) zu finden und sollte sehr sorgfältig gelesen werden. Er wurde nach „ausführlichen Konsultationen mit palästinensischen Kräften und Fraktionen sowie Gesprächen mit brüderlichen Vermittlern und Freunden“ verfasst, was darauf hindeutet, dass die Gruppe bei der Ausarbeitung ihrer Antwort mit den Kataris und anderen arabischen Staaten beraten hat. Es handelt sich um ein sorgfältig durchdachtes Dokument.

Drei Merkmale der Erklärung lassen auf die durchdachten Überlegungen schließen, die ihr zugrunde liegen. Erstens handelt die Hamas hier „aus Sorge, die Aggression und den Völkermord an unserem standhaften Volk zu beenden...“. Zweitens achtet sie darauf, „die Bemühungen des US-Präsidenten Donald Trump“ zu würdigen, während sie ihre Position vorbringt. Drittens „verkündet die Hamas offen ihre Zustimmung zur Freilassung aller Gefangenen der Besatzung – sowohl der Lebenden als auch der Leichen der Verstorbenen – gemäß der in Präsident Trumps Vorschlag enthaltenen Austauschformel“. Letzteres bedeutet, dass Israel verpflichtet sein wird, die angegebene Anzahl von Gefangenen, die in seinen Gefängnissen lebenslange Haftstrafen verbüßen, sowie 1.700 weitere Palästinenser, die seit dem 7. Oktober 2023 inhaftiert sind, freizulassen.

Im Übrigen gehören folgende Punkte zu den wichtigsten Bestimmungen der Erklärung der Hamas:

Die Bewegung bekräftigt außerdem ihre Zustimmung, die Verwaltung des Gazastreifens an eine palästinensische Instanz zu übergeben, die sich aus Unabhängigen (Technokraten) zusammensetzt, auf einem palästinensischen nationalen Konsens basiert und von arabischer und islamischer Seite unterstützt wird.

Und:

Was die anderen in Präsident Trumps Vorschlag enthaltenen Themen betrifft, die sich auf die Zukunft des Gazastreifens und die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes beziehen, so unterliegen diese einer umfassenden nationalen Position und müssen auf den einschlägigen internationalen Gesetzen und Resolutionen basieren. Diese Fragen sollen innerhalb eines einheitlichen palästinensischen nationalen Rahmens diskutiert werden, an dem sich die Hamas mit voller Verantwortung beteiligen und einen Beitrag leisten wird.

Lassen Sie uns diese Aussagen zusammenfassen.

Zunächst einmal scheint die erschöpfte Bevölkerung des Gazastreifens, die nun unter einer verschärften israelischen Belagerung leidet, die Hamas dazu gezwungen zu haben, ihre Position entsprechend anzupassen. Die Hamas scheint nun, ebenso wie alle anderen, die mit Donald Trump zu tun hatten, zu erkennen, dass er ein emotional unterentwickelter Narzisst ist und es am besten ist, ihn auch so zu behandeln. Das sind zwei gute Einschätzungen.

Die Zustimmung zur Freilassung der verbleibenden israelischen Geiseln ist ein besonders interessanter Schritt. Wenn die Israelis sich an die Vereinbarung halten – was zum jetzigen Zeitpunkt ein großes „Wenn“ ist –, wird dadurch eine bescheidene Anzahl von Palästinensern aus israelischen Gefängnissen freikommen (bescheiden im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung der Palästinenser, die unter dem grotesken Gulag der Zionisten leiden). Darüber hinaus gibt es meiner Meinung nach zwei kluge Überlegungen.

- Erstens gibt es ganz einfach keine Verhandlungsmacht mehr, die man aus den Geiseln, die die Hamas noch festhält, gewinnen könnte, und daher macht es keinen Sinn mehr, sie festzuhalten.
- Zweitens, und das ist noch wichtiger, können die Zionisten nach der Freilassung der Geiseln diese oder die Gräueltaten der Hamas nicht mehr als Rechtfertigung für ihr Massaker an den Palästinensern im Gazastreifen anführen. Israel wird keine Rechtfertigung mehr für Bombenangriffe oder Panzerangriffe haben, wenn die Geiseln nach Hause geschickt worden sind: Von diesem Zeitpunkt an wird die genozidale Absicht vollständig offenliegen.

Während die Welt auf die Antwort der Hamas-Führung auf den Plan von Netanjahu und Trump wartete, wurde gemunkelt, dass eine Annahme dieses Plans gleichbedeutend mit der eigenen Auslöschung wäre. In dieser Erklärung findet sich jedoch keine solche Kapitulation. Lesen Sie noch einmal die oben zitierten Passagen: Die Hamas hat zugestimmt, die Macht an eine neue Regierung zu übergeben, die jedoch gemäß den demokratisch festgelegten Präferenzen der Palästinenser gebildet werden soll, und die Hamas wird Teil dieses „vereinigten palästinensischen nationalen Rahmens“ sein. Meiner Meinung nach ist dies erneut ein kluger Schachzug. Es ist ein Bluff. Wenn

dieser Plan „einen Weg zur Selbstbestimmung der Palästinenser“ vorsieht, sagt die Hamas damit praktisch: Lasst diesen Weg hier und jetzt beginnen. Was meinen die Israelis und Amerikaner sonst damit?

Ich kann diesen Moment ehrlich gesagt nicht mit Sicherheit einschätzen. Am Donnerstag, mitten in diesen Verhandlungen, [verkündete](#) Israel Katz, Verteidigungsminister des zionistischen Staates und ein weiterer Fanatiker in der Regierung Netanjahu, dass die eine halbe Million Einwohner, die noch in Gaza-Stadt verblieben sind, als Terroristen betrachtet werden, wenn sie nicht evakuiert werden; die Auswirkungen dieses Status liegen auf der Hand. Unsere Frage lautet: Wird das Netanjahu-Regime an dem „Friedensplan“ festhalten, oder wie lange wird es dauern, bis Bibi ihn aufkündigt? Seitdem die Hamas ihre Bereitschaft zu Verhandlungen auf der Grundlage des Plans angekündigt hat, hat Israel, wie ich Sie erinnern möchte, die Bombardierungen nicht eingestellt.

Eine weitere Frage stellt sich: Wie hat Netanjahu die rassistischen Freaks in seiner Regierung dazu gebracht, überhaupt dem dürrtigen Plan zuzustimmen, den Bibi und Trump am 29. September mit viel Tamtam veröffentlicht haben? Die Extremisten, die Netanjahus Kabinett kontrollieren, wollen eine ethnische Säuberung des Gazastreifens, und für sie kommt ein palästinensischer Staat unter keinen Umständen in Frage. Die beste Antwort, die ich gesehen habe, stammt von John Whitbeck, einem internationalen Anwalt mit langjähriger Erfahrung in Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern. „Vermutlich“, schrieb er am Montag in seinem privat verbreiteten Blog, „hat Netanjahu, während er immer noch hofft, dass die Hamas dieses Ultimatum ablehnen wird, es geschafft, diese Minister von der Aufrichtigkeit seiner Unaufrichtigkeit in diesem Fall zu überzeugen.“

Genau in diesem Zusammenhang gibt es unter asiatischen Despoten eine lange Tradition, Gesetze und offizielle Dokumente in einer Sprache zu verfassen, die allgemein und vage genug ist, um den Herrschern maximale Freiheit bei der Auslegung und Durchsetzung zu lassen. Vorrecht ist der höchste Wert, Vorrecht als Macht: Dies geht auf die alten konfuzianischen Kaiser zurück. Und so soll der Gaza-Friedensplan funktionieren. In diesem Dokument gibt es praktisch kein Vorher und Nachher: Es gibt Netanjahu nach Inkrafttreten des Plans – falls er denn in Kraft tritt – ebenso viel Spielraum zum Handeln wie jetzt.

Die Wünsche der Palästinenser spielen in diesem Plan absolut keine Rolle. Es gibt keinerlei Erwähnung des Westjordanlands oder der eskalierenden Grausamkeiten der teuflischen Siedler, die immer mehr palästinensisches Land stehlen. Und nicht zu übersehen ist die Gleichgültigkeit gegenüber dem, was die Mehrheit der Menschheit gerade in der Generalversammlung deutlich gemacht hat.

Dies ist Macht, die ihre völlige Verachtung für alles andere als rohe Gewalt zum Ausdruck bringt – Formen der Gewalt, die es nicht mehr für nötig halten, sich zu verbergen.

Die Bedeutung der Ereignisse der letzten Woche in der UNO und vor ihren Toren ist nicht zu unterschätzen. Die Welt hat ihr Schweigen gebrochen. Auf den höchsten Ebenen der Regierungen der nicht-westlichen Mehrheit lernt man – ich kann diesen abgedroschenen Ausdruck nicht mehr ertragen, aber hier kommt er –, der Macht die Wahrheit zu sagen. Macht und Gerechtigkeit stehen sozusagen nun offen im Konflikt miteinander. Das ist nicht nichts. Es wird noch mehr kommen. Ich habe keine Schwierigkeiten vorauszusagen, wer letztendlich, wie weit auch immer in der Zukunft, über den anderen siegen wird.